

„Der EU-Emissionshandel muss ausgesetzt werden“

Emanuele Orsini, der Arbeitgeberpräsident Italiens, fordert eine spürbare Entlastung der Unternehmen. Neue EU-Schulden sollen die Industrie stützen.

Herr Orsini, diese Woche treffen sich die Staats- und Regierungschefs, um über dringende Energiefragen zu diskutieren. Was sollten sie Ihrer Meinung nach beschließen?

Das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) sollte ausgesetzt werden, so dass eine schnelle und umfassende Überarbeitung des Mechanismus erfolgen kann. Das System gefährdet unsere Industrie. Das sollte vor allem Deutschland und Italien beunruhigen, die beiden Länder mit dem größten Industrieanteil in der Europäischen Union. 2017 kosteten Emissionsrechte für eine Tonne CO₂ etwa sechs Euro, im Januar 2026 lagen sie über 80 Euro. Wie kann die Industrie unter diesen Bedingungen überleben, besonders energieintensive Sektoren wie Keramik, Glas und Papier? Amerikaner und Chinesen sind solchen Belastungen nicht ausgesetzt. Absurderweise müssen wir Emissionsrechte von den Chinesen und von Tesla kaufen; für die kriselnde Automobilindustrie ist das eine große Belastung. Die EU hat nach und nach weitere Industriezweige in das ETS einbezogen, darunter den Seeverkehr, wodurch auch Reedereien CO₂-Quoten kaufen müssen. Gleichzeitig wurde die Zahl der Emissionszertifikate am Markt reduziert. So entwickelte sich das ETS von einem relativ flexiblen Instrument zu einem zunehmend starren und teuren Mechanismus – ganz zu schweigen von der finanziellen Spekulation, die das System erzeugt.

Aber das ETS ist ein System, das die Emissionsrechte nach Marktregeln effizient verteilt. Auf der ganzen Welt gibt es bereits mehr als dreißig solcher ETS. Jahrelang hat die Industrie diesen Preisbildungsmechanismus im Vergleich zu Verboten oder festen Obergrenzen befürwortet. Jetzt, wo sie die Auswirkungen spüren, kneifen die Unternehmen?

Wir befinden uns weltweit in einer Ausnahmesituation mit vielen Konflikten. Wir müssen jetzt pragmatisch sein. Nirgendwo sind die Preise für Emissionsrechte so hoch wie bei uns. Und doch ist

die EU nur für sieben Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich; selbst wenn die europäische Industrie verschwände, würde das nur zwei Prozentpunkte bringen. Dafür zahlen wir einen zu hohen Preis. Italien hat einen der höchsten Strompreise in Europa und verfügt nicht über Atomenergie, die wie in Frankreich kostengünstigen Strom garantiert. Außerdem hat Italien wegen der hohen Staatsverschuldung nicht die gleichen finanziellen Spielräume wie Deutschland, um die eigene Industrie zu unterstützen.

Liegt das Problem in Italien nicht eher an der hohen Abhängigkeit vom Gas und dem langsamen Ausbau erneuerbarer Energien?

Wir haben einen „Fast Track“-Mechanismus vorgeschlagen, um mehr Photovoltaik- und Windanlagen zu installieren. In Italien gibt es viele kleine Gemeinden, die nicht immer den Widerstand der Bevölkerung überwinden können. Hier müsste die Regierung stärker eingreifen. Gleichzeitig sollte die EU endlich einen einheitlichen Energiemarkt schaffen, damit Strom leichter über nationale Grenzen hinweg von Produzenten zu Verbrauchern fließen kann – zum Beispiel aus Spanien, wo Strom vergleichsweise günstiger ist.

Die italienische Regierung hat jedoch angekündigt, praktisch aus dem gemein-



Peso: 50%

samen Energiemarkt auszutreten, indem sie Gaskraftwerke subventioniert und damit das ETS aushebelt.

Die Situation ist sehr ernst. Es ist eine echte Frage der nationalen Sicherheit. Durch den Krieg stieg der Gaspreis innerhalb einer Woche von 32 auf 55 Euro pro Megawattstunde; der Strompreis von 107 auf 170 Euro. Große Keramikhersteller verlagern ihre Werke nach Brasilien oder in die USA, wo Gas nur etwa vier Euro pro Megawattstunde kostet. Die Emissionen sinken nicht, wir verlieren jedoch Industrie. Das ist eine Sackgasse für Europa. Gleichzeitig wächst der Strombedarf weiter, auch wegen energieintensiver Infrastruktur wie Rechenzentren.

Was muss aus Ihrer Sicht getan werden?

Neben der Beschleunigung der erneuerbaren Energien brauchen wir eine Rückkehr zur Kernenergie mit kleineren, modularen Reaktoren der neuen Generation. Vor allem in Italien müssen wir sofort mit Pilotprojekten beginnen. Eisbrecher und U-Boote werden seit 40 Jahren von kleinen Kernreaktoren betrieben. Die Technologien existieren also – jetzt müssen sie auf breiterer, sicherer und sauberer Basis eingesetzt werden.

Müsste die Regierung dafür nicht ein Referendum abhalten? In der Vergangenheit hat sich die italienische Bevölkerung zweimal gegen Kernenergie ausgesprochen.

Wenn es wieder so weit käme, würde ich hoffen, dass die italienische Bevölkerung ihre Meinung ändert. Es ist nicht automatisch verpflichtend, für jede strategische Entscheidung ein Referendum durchzuführen; alles hängt vom verfassungsrechtlichen Rahmen und den Entscheidungen des Gesetzgebers ab. Heute ist klar: Viele wirtschaftlich starke Länder verfügen über Kernenergie, die das Energie-Trilemma löst: Dekarbonisierung, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit. Die Zeiten haben sich geändert, und auch die Politik muss sich anpassen.

Im Rahmen des europäischen Wiederaufbauplans (Next Generation EU) hat Italien 194 Milliarden Euro zugesprochen bekommen – mehr als jedes andere EU-Land. Ein großer Teil dieser Mittel ist für Energieprojekte vorgesehen. Wurde das Geld sinnvoll eingesetzt?

Wir erwarten, dass die damit verbundenen Infrastrukturinvestitionen – im Energiesektor, aber auch bei der Eisenbahn, der Telekommunikation und der Digitalisierung – unserem Land einen kräftigen Schub nach vorn geben und die Produktivität des Landes steigern. Auch im Süden, der nicht vergessen werden darf.

Confindustria hat erklärt, dass Italien ohne den Next-Generation-Plan der EU heute null Wachstum hätte. Aber der Plan läuft im August aus. Wird Italien dann in ein tiefes Loch fallen?

Es ist sicher eine Herausforderung, für die wir den Plan „Rilancio Italia“ vorgestellt haben. Es geht darum, schnell Ersparnisse von Familien und institutionellen Investoren in die reale Wirtschaft zu lenken, um die digitale und energetische Transformation der Unternehmen zu fördern, den Sozialstaat zu stärken, die Infrastrukturentwicklung zu beschleunigen und das nachhaltige Wohnen voranzutreiben. Die Sozialkassen verwalten rund 400 Milliarden Euro, die noch kaum in italienische Unternehmen investiert sind: Selbst ein kleiner Anteil könnte fünf bis zehn Milliarden Euro generieren. Wenn man nur ein Prozent der Haushaltsvermögen von rund 1500 Milliarden Euro hinzufügt, kämen weitere 15 Milliarden dazu. Insgesamt könnten so etwa 25 Milliarden Euro pro Jahr mobilisiert werden, also 100 Milliarden in vier Jahren. Europa müsste aber ebenfalls eingreifen.

In welcher Form?

Es ist Zeit, wieder über gemeinsame europäische Fonds mit Fremdfinanzierung nachzudenken, ähnlich denen, die während der Pandemie geschaffen wurden, um die Bedürfnisse und Notfälle verschiedener Länder zu decken, zum Beispiel im Energiesektor. Auch unsere beiden Hauptkonkurrenten, die Vereinigten Staaten von Amerika und China, arbeiten mit sehr hoher Staatsverschuldung.

Viele Ökonomen warnen vor zu hoher Verschuldung weltweit, die eine neue Finanzkrise auslösen könnte. Wir verschulden uns bereits erheblich, um die Verteidigungsausgaben zu erhöhen und mehr Sicherheit zu gewährleisten.

Der Euro hat gegenüber dem Dollar deutlich zugelegt, und das ist ein erhebliches Problem für unsere Exporteure. Eine sinnvolle Verschuldung könnte sich auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren, die wir brauchen, um



Peso: 50%

die europäische Industriebasis zu erhalten. In einer so kritischen Phase ist es entscheidend, den Regierungen größere Handlungsspielräume zur Unterstützung von Unternehmen und Haushalten zu ermöglichen.

Und die Last für zukünftige Generationen?

Natürlich müssen alle Aspekte berücksichtigt werden, aber die Verschuldung wäre in diesem Kontext eine Investition in die Zukunft: Ohne eine solide und wettbewerbsfähige Industrie wäre die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und Sozialpolitik gefährdet. Auch zukünftige Generationen könnten sich dies nicht leisten.

Weniger Globalisierung bedeutet weniger Wirtschaftswachstum, gleichzeitig wächst die Verschuldung – das klingt nach einer gefährlichen Mischung. Wie stark belasten die US-Zölle die italieni-

sche Wirtschaft?

In der ersten Phase der Einführung der Zölle, als China stärker getroffen wurde, war Europa relativ wettbewerbsfähiger geworden. Nach der Entscheidung des obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten ist dieser Vorteil jedoch verschwunden. Für die Unternehmen bleibt die größte Herausforderung die Unsicherheit: Es ist unklar, welche Zölle tatsächlich gelten; das bremst die Wirtschaft erheblich.

Für die Wettbewerbsfähigkeit brauchen wir auch große, grenzüberschreitend aktive Banken. Was halten Sie vom Unicredit-Angebot für die Commerzbank?

Starke Banken sind für Europa sehr wichtig, aber über solche Operationen entscheidet der Markt. Es ist in jedem Fall entscheidend, dass Deutschland und Europa in die gleiche Richtung marschieren. Politisch ist die Synergie zwischen Bundeskanzler Merz und Ministerpräsidentin Meloni sehr positiv,

ebenso wie das zunehmend enge Verhältnis zwischen **Confindustria** und dem BDI in Deutschland. Es handelt sich um eine echte strategische Achse, welche wieder Entscheidungen in der EU zugunsten von mehr Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität in den Mittelpunkt rücken muss.

Die Bundesregierung lehnt eine Fusion zwischen Unicredit und Commerzbank jedoch ab.

Hoffen wir, dass sich die Dinge ändern.

Die Fragen stellte **Christian Schubert**.



Der Unternehmer Emanuele Orsini ist seit April 2024 Präsident des Industrieverbandes Confindustria.

Foto Confindustria



Peso:50%